

WIE

women

Flüchtlingsfrauen

in Exile

werden laut

„WIE“ ist eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen, die sich mit den Problemen von Flüchtlingen aus der Sicht von Frauen befassen und Gesetze bekämpfen, die gegen die Emanzipation von Frauen und Kindern gerichtet sind.
2011 startet WIE+sisters+friends die Kampagne: Keine Lager für Frauen! Alle Lager abschaffen!

womeninexile.blogspot.de

Presseinformation 7.3.2013

Flüchtlingsfrauen kritisieren Landesregierung und fordern „Frauen und Kinder raus aus den Lagern!“

Demonstration 8.3. 2013

12⁰⁰ Potsdam HBF

Am internationalen Frauentag demonstrieren Flüchtlingsfrauen und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer in Potsdam zum brandenburgischen Sozialministerium um menschenwürdiges Wohnen für Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder einzufordern.

Die Flüchtlingsfrauenorganisation **'Women in Exile'**¹ fordert seit langem das Recht auf Privatsphäre für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg ein:

„Frauen in den sogenannten Gemeinschaftsunterkünften kämpfen dort um etwas, was wir dort nicht finden können: Ein Zuhause, ein sicherer Ort für uns und unsere Kinder.“ so Elisabeth Ngari, eine der Gründerinnen der Flüchtlingsfrauengruppe **'Women in Exile'**. „Es ist unmöglich, die Lebensbedingungen in sogenannten Heimen so zu verbessern, dass sie zu angenehmen Unterkünften werden.“

'Women in Exile' kritisiert die Landesregierung, die trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse offensichtlich wenig tut, um die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Brandenburg zu verbessern.

Seit dem Frühjahr 2011 macht Sozialminister Baaske immer neue Versprechungen und der Landtag immer neue Beschlüsse, die die Landesregierung auffordern, die Unterbringungssituation von Flüchtlingen menschenwürdiger zu gestalten.

Aber nichts davon wird in die Realität umgesetzt:

Die Lager sind total überfüllt, die Wohnsituation ist katastrophal und die Enge führt zu enormen Belastungen und Spannungen unter den BewohnerInnen. Die 'Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften', die seit April 2011 geändert werden sollen, gelten unverändert bis Ende 2013 fort. Und immer noch werden neue Sammelunterkünfte nach den gleichen Vorgaben eingerichtet.

Deshalb demonstriert 'Women in Exile' gemeinsam mit anderen antirassistischen Initiativen vor dem Sozialministerium, um Minister Baaske an seine Versprechen zu erinnern und ihre Einlösung einzufordern.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung:

Elisabeth Ngari 0176 32920586

Mehr Information über Women in Exile unter <http://womeninexile.blogspot.de>

Anhang: Zum Hintergrund „[Warum wir am 8.3.2013 wieder in Potsdam demonstrieren](#)“

¹**'Women in Exile'** ist eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen, die sich mit den Problemen von Flüchtlingen aus der Sicht von Frauen befassen und Gesetze bekämpfen, die gegen die Emanzipation von Frauen und Kindern gerichtet sind.

2011 startete **'Women in Exile' +sisters+friends** die Kampagne: **Keine Lager für Frauen! Alle Lager abschaffen!**

„Warum wir am 8.3.2013 wieder in Potsdam demonstrieren“

Am 8. März 2011 haben wir den Sozialminister Brandenburgs, Herrn Baaske getroffen und mit ihm über unsere Probleme diskutiert. Unsere Forderung war klar: Keine Lager für Frauen! Alle Lager schließen!

Der Minister schien unser Anliegen zu teilen und sagte er würde unserer Forderung nach Wohnungen für Flüchtlinge nachkommen. Bis dahin versprach er, wenigstens dafür zu sorgen, die Lebensbedingungen in den Sammelunterkünften zu verbessern, besonders für Frauen.

Was seitdem tatsächlich passiert ist:

Im Sommer 2011 verschickte das Ministerium ein Rundschreiben an die Behörden der Landkreise, das klarstellte, was selbstverständlich sein sollte: Unsere Privatsphäre ist von den MitarbeiterInnen der „Heime“ zu respektieren. Sie müssen an unsere Türen klopfen, bevor sie unsere Zimmer betreten. Wir begrüßen dieses Schreiben, weil es die MitarbeiterInnen der Unterkünfte über eines unserer grundlegenden Rechte informiert hat und ihr Verhalten geändert hat. Dennoch ist es ein Skandal, dass für diese Änderung eine Anordnung der übergeordneten Behörde erforderlich war.

Am 14. April 2011 verabschiedete der Landtag Brandenburgs einen Beschluss, um die Lebenssituation der Flüchtlinge im Land Brandenburg zu verbessern. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert, die bislang „vorgegebenen Mindestbedingungen zur Unterbringung und sozialen Betreuung auf einen möglichen Änderungsbedarf hin zu überprüfen.“ Zu diesem Zweck bildete das Ministerium eine Arbeitsgruppe in der nichtstaatliche ExpertInnen und VertreterInnen von Behörden diese Fragen erörterten.

Im Januar 2012 wurde der Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe veröffentlicht. Er beinhaltet „Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung“. Zu unserer größten Enttäuschung waren die vorgeschlagenen Änderungen minimal und hätten nicht wirklich zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und Kindern in den Gemeinschaftsunterkünften geführt.

Am 8. März 2012 haben wir uns mit dieser dringenden Angelegenheit wieder in einem **offenen Brief²** an Herr Baaske gewandt – immer noch in der Hoffnung, dass er wirkliches Interesse an der Verbesserung unserer Lebensbedingungen hat. Wir forderten immer noch „Frauen raus aus den Lagern!“

Der Bericht der Regierung wurde im Landtag diskutiert und traf auch dort auf Widerspruch. Im Ergebnis verabschiedete der Landtag einen neuen Beschluss am 7. Juni 2012, mit dem er die Regierung aufforderte ein Unterbringungskonzept zu entwickeln, das „langfristig die Unterbringung in Wohnungen zum Ziel hat“. Es soll dem Landtag bis Ende März 2013 vorgelegt werden.

Diesen Beschluss nahm Herr Baaske zum Anlass uns endlich auf unseren offenen Brief zu antworten und auf das neu zu entwickelnde Unterbringungskonzept zu vertrösten³.

Sind wir inzwischen also den versprochenen Verbesserungen näher gekommen?

Herr Baaskes Versprechungen werden nicht in die Realität umgesetzt: Die Lager sind total überfüllt und neue Lager werden eröffnet. Zu unserer größten Frustration wurden die Mindestbedingungen überhaupt nicht verbessert, stattdessen wurden sie verlängert, auf Ende 2012 und dann noch einmal bis Ende 2013.

Diese Standards waren schon unzureichend, als die Sammelunterkünfte kaum belegt waren. Jetzt, wo sie mehr als voll belegt sind, ist die Wohnsituation katastrophal und die Enge führt zu enormen Belastungen und Spannungen unter den BewohnerInnen. Und immer noch werden neue Sammelunterkünfte nach den gleichen Vorgaben eingerichtet.

Diese Entwicklung steht in scharfem Kontrast zu den seit April 2012 wiederholten politischen Willensbekundungen. Wir fragen, wie das in einer funktionierenden Demokratie geschehen kann? Ist es nicht die Aufgabe eines Ministeriums die Entscheidungen des Parlaments umzusetzen?

Deshalb demonstrieren wir vor dem Ministerium, um Minister Baaske und seine MitarbeiterInnen zu fragen: Wie viel mehr müssen wir noch ertragen? Wie lange dauert es noch, bis Ihre Versprechen eingelöst werden?

2 <http://womeninexile.blogspot.de/images/WIEoffenerBriefMinisterBaaske8.3.20121.pdf>

3 <http://womeninexile.blogspot.de/images/LetterfromMinisterBaasketoWIE.pdf>